

2./V. 1919

02

4

## Neue Feiertage.

Unsere arbeitsfreundige Nationalversammlung hat in voller Einmütigkeit ein neues Gesetz herausgebracht, das geeignet ist, einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen und dem ganzen Volke Glück und Segen zu bringen: wir haben zwei neue Feiertage, die in Zukunft schön rot im Kalender stehen werden, den 1. Mai und den 13. November. An und für sich wäre dagegen nichts zu sagen, warum soll es im Staate nicht auch einen Arbeiter- und einen Staatsfeiertag geben? Es drängt sich nur unwillkürlich die Frage auf, ob uns die katholische Kirche nicht ohnehin reichlich mit Feiertagen gesegnet hat und ob nicht die Gelegenheit gleich beim Schopfe zu nehmen gewesen wäre, um einige überflüssige Feiertage abzuschaffen. Die vielen Feiertage wie Oster- und Pfingstmontag, der Stephans- und Leopoldtag, die ungezählten Marien- und Faschings-, Allerseelen- usw., haben im neuen Staate, der den Religionsunterricht in den Schulen abgeschafft hat, keine Daseinsberechtigung mehr, einige davon hätten ganz gut unter einem Aufwaschen abgeschafft werden können.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Frage der Feiertage vom religiösen Standpunkte zu erörtern, wir wollten uns heute nur mit dem Nutzen und Schaden der reichlichen Feiertage in bezug auf die Volkswirtschaft und das Gesamtwohl befassen. Was ist ein Feiertag? Eine notwendige Arbeitspause, ein Tag der Ruhe und Erholung, den jeder Staatsbürger nach seiner Fassung ausnützen soll; der eine verschläft ihn, der zweite sucht Erholung in der Natur, der dritte geht ins Kino oder zum Heurigen, manchmal tut einer sogar etwas für seine Bildung. Aber selten. Ein Feiertag ist ein Tag, an dem man nichts verdient, dafür aber mehr ausgibt, besser gekleidet ist und besser essen will. Das sind selbstverständliche Sachen, die sich jedermann gönnen muß, wenn ihn das Leben ein bißchen freuen soll. Solange der kleine Bürger und Arbeiter in der Arbeitswoche so viel verdient, daß er sich am Sonntag etwas besseres leisten kann, ist ja alles recht gut und schön, ganz anders aber sieht es aus, wenn man zum Feiern gezwungen ist und nicht über die Mittel verfügt, um den Tag wunschgemäß ausnützen zu können. Es gibt Tausende von Geschäftskleuten, die gerne am Sonntag ein paar Stunden arbeiten und verdienen möchten, aber sie dürfen nicht! Wo der Mann seinen Lebensunterhalt und die Steuern hernimmt, darum fragt der Staat nicht, wenn er nicht soviel verdient als er braucht, geht er eben zugrunde und wendet die Steuern nicht zahlt, wird er halt gefändelt. Punktum. Was aber vom Einzelnen gilt, das trifft im großen den Staat. Wir haben 52 Sonntage und bei 40 Feiertagen, d. i. nach Adam Riese fast der viertheil des Arbeitsjahres. Jeder für die Arbeit verlorene Tag bedeutet einen enormen Verlust an Volkserträgen und dieser Verlust trifft den Einzelnen ebenso wie den Staat in seiner Gesamtheit. Bei den unerhörten Anforderungen, die das heutige Leben stellt, bei den hohen Abgaben, die der Staat aus uns herauspreßt, werden wir das Gleichgewicht nicht lange erhalten können. Auf der einen Seite sagt man uns: arbeiten und wieder arbeiten und mit der anderen Hand verbietet man die Arbeit und schafft neue Feiertage. Die arme Klavier- oder Sprachlehrerin darf am 1. Mai keine Stunden geben, unsere Hochschüler, die jetzt ausnahmslos sieberhaft arbeiten, um die verlorenen Jahre heranzubringen, dürfen am 1. Mai keine Vorlesung hören, bei allen Ämtern und Behörden bleiben die Akten auf die der Staatsbürger sehnsüchtig wartet, noch einen Tag länger liegen. Diese Beispiele möge sich der gütige Leser hundertfach selbst ausmalen.

Und doch gibt es Berufsweige, die am 1. Mai nicht nur arbeiten dürfen, sondern müssen. Wie wäre es denn, wenn z. B. die Ärzte, die das ganze liebe Jahr keinen freien Tag und keine freie Nacht haben, auch am 1. Mai feiern würden, wenn der Spitalbetrieb ruhte? Wie wäre es, wenn die Ärzte in einer Versammlung am 1. Mai der Öffentlichkeit in die Ohren riefen, daß die sozialistisch geleiteten Krankenkassen heute noch ihren Ärzten Monatsgehälter von 200 bis 300 Kronen zahlen, obwohl die Einzelnungen der Versicherten auf das Dreifache erhöht wurden. Wie wäre es, wenn die Apotheker ihre Betriebe am 1. Mai gesperrt hielten und einen Demonstrationsszug zum Genossen Seitz veranstalteten und sich dafür zu bedanken, daß ihnen das gänzlich versagende Volksgesundheitsamt mit seinem weltfremden Sektionschef am 1. Februar d. J. eine Erhöhung von 5 v. D., sage und

schreibe fünf v. D. auf die Friedensarbeitskarte für Krankenkassen gnädig bewilligt hat? Ja, Bauer, das ist etwas anderes, das sind eben Burschoa und die haben im neuen Staat das Maul zu halten! „Denen werd'n ma's schon zag'n, wir jetzt die Herr'n san!“

Ein weitererschütterndes Ereignis ist die gesetzliche Festlegung des 1. Mai als Feiertag keineswegs, es wäre auch ohne Gesetz jedermann, der an diesem Tage nicht arbeiten will, freigestanden, zu feiern. Daß man aber Arbeitswillige, die gerne verdienen möchten, zum Feiern zwingt, das ist geradezu Einschränkung der persönlichen Freiheit und die verträgt sich gar nicht gut mit den Grundlagen einer Republik. Wie wir hören, bleiben große Mengen des amerikanischen Schweinefleisches unverkauft, nicht weil es unserem Gaumen nicht zusagt, sondern weil breite Massen der Bevölkerung nicht die Mittel zum Ankauf aufbringen können. Die ganz Reichen — sie werden reichend von Tag zu Tag weniger — und die gut bezahlten Arbeiter können heute noch das Fleisch bezahlen, davon kann man sich überzeugen, wenn man sich die Käufer in den Geschäften ansieht. Der Mittel- und Beamtenstand kann sich aber Fleisch nicht mehr kaufen und wird begreiflicherweise unzufrieden und gerade den zwingt man zur Arbeitslosigkeit. Der schönste 1. Mai verliert seinen Reiz, wenn der Magen knurrt, mit Drüsenentzündungen und Knochenweichung bringt man den Ruf „Hoch die Republik!“ nicht mit der gehörigen Kraft heraus!

Was unsere Regierung und Nationalversammlung in nächster Zeit versuchen wird, um dem Volke halbwegs erträgliche Lebensmöglichkeiten zu schaffen, wissen wir nicht, vielleicht werden noch der Namenstag des Herrn Seitz und der Geburtstag der Frau Friedländer zu Nationalfeiertagen ausgerufen. Aber die ernste Mahnung müssen wir unseren Machthabern am 1. Mai zurufen: Nehmt dem kleinen Kreise von staatsstreuen Bürgern, die heute noch gerne arbeiten wollen und dem Staate freudig geben, was des Staates ist, nicht die Möglichkeit, über diese fürchterliche Zeit, in der — weiß Gott — gar keine Veranlassung für Feste ist, durch Fleiß und Sparsamkeit hinauszukommen. Wir Deutschnationalen haben uns in die neue Zeit eingelebt, wir lieben unser Vaterland und wollen mit stichtlichem Ernst und aller Kraft am Neubau mitmachen. Die Zeiten sind ernst und traurig wie noch nie, welchem Schicksal das arme Deutschösterreich entgegengeht, kann heute kein Sterblicher sagen.

Aber alle Verzweiflung hilft uns nur eines hinweg: Arbeit und wieder Arbeit! Für uns ist in diesem Leben nicht mehr viel zu erwarten, aber sehen wir zu, daß uns unsere Kinder und Enkel dereinst nicht verfluchen. Jetzt heißt es, alle auszurufen, jeden persönlichen Sader zurückzustellen, jeden Kopf und jede Hand am richtigen Platz zu verwenden; wenn es gelingt, aus der Nacht unseres Elends zum Lichte emporzusteigen, wenn die schier unmögliche Arbeit getan ist, dann wollen wir uns der Schwelch von der Stirne wischen, befriedigt auf unser Werk zurückblicken, dann, aber erst dann, können wir froh und frei den 1. Mai feiern! Bis dahin ziehen wir die Arbeit vor

F. A. P.